

Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2004)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor: Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-418514>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
 Vizestaatsschreiber: Renato Krähenbühl
 Vizestaatsschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Staatskanzlei ist gleichzeitig Stabsstelle des Grossen Rates und des Regierungsrates und stellt die Verbindung zwischen diesen beiden Organen sicher. In dieser Eigenschaft hat sie die fünf ordentlichen Sessionen des Grossen Rates und die Sondersession im Dezember sowie die 55 Sitzungen des Regierungsrates organisiert (wovon 8 Doppelsitzungen, 9 ausserordentliche Sitzungen und 4 Präsidialentscheide). Dabei wurden 3988 (Vorjahr: 3672) Regierungsratsbeschlüsse bearbeitet. Ausserdem wurden für den Regierungsrat neun eintägige Klausursitzungen und eine zweitägige Klausursitzung organisiert.

Im Bereich des Grossen Rates unterstützte die Staatskanzlei das Parlament bei den Arbeiten zur Parlamentsrechtsrevision (vgl. Ziff. 2.2.1.3)

Zur Klärung und Bewertung der Vorkommnisse und Entwicklungen bei der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK) hat der Grosse Rat am 22. November 2004 eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt. Das Sekretariat der PUK wird durch das Ratssekretariat geführt. Der Regierungsrat hat die Staatskanzlei beauftragt, auf Seiten des Regierungsrates den Geschäftsverkehr zwischen Regierungsrat und PUK zu organisieren und innerhalb der Verwaltung die Arbeiten im Zusammenhang mit der PUK zu koordinieren. Die Staatskanzlei musste bei der Erfüllung dieses Auftrags den besonderen Ansprüchen der Gewaltentrennung Rechnung tragen.

Im Projekt Regierungsreform verabschiedete der Regierungsrat am 31. März 2004 den ersten Zwischenbericht. Der Zwischenbericht wurde in der Juni-Session 2004 im Grossen Rat behandelt und dabei gut aufgenommen. Mit RRB 2829 vom 15. September 2004 legte der Regierungsrat das weitere Vorgehen fest. Die Staatskanzlei wurde beauftragt, auf der Basis der Planungserklärung des Grossen Rates vom 14. Juni 2004 einen nächsten Zwischenbericht an den Grossen Rat vorzubereiten. Neben der Betreuung der Arbeiten im Zusammenhang mit der PUK BLVK stellt das Projekt Regierungsreform für die Staatskanzlei auf Grund der beschränkten personellen Ressourcen eine grosse Herausforderung dar.

Im Berichtsjahr hatten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, sich zur Frage der Einführung einer Betriebskommission aus. Dabei sprach sich die Mehrheit für eine Betriebskommission aus. Am 16. Dezember 2004 verabschiedete der Staatsschreiber das entsprechende Reglement.

Im 2004 wurde im Hinblick auf die definitive Einführung von NEF auch das Organisationshandbuch inklusive Geschäftsordnung überarbeitet.

Im Bereich der Jurapolitik lag der Schwerpunkt bei der Begleitung der parlamentarischen Arbeiten im Zusammenhang mit der Gesetzesvorlage über das Sonderstatut des Berner Juras und die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel. Weitere Schwerpunkte waren das 10-jährige Bestehen der Interjurassischen Versammlung (IJV) sowie die Analyse des jurassischen Vorgehens bezüglich der Initiative «Un seul Jura».

Im Staatsarchiv wurde auf Jahresbeginn die durch eine entsprechende SAR-Massnahme geforderte Reduktion des Lesesaalteams um eine Stelle vollzogen. Die ebenfalls vorgesehenen Einschränkungen im Bereich der Einsichtnahme in die Mikrofilmkopien der Kirchenbücher konnten allerdings nicht gleichzeitig in Kraft treten. Auf Grund einer Beschwerde der Genealogisch-Heraldischen Gesellschaft Bern (GHGB) gegen das neue Benützungsreglement des Staatsarchivs mussten die bisherigen Dienstleistungen mit re-

duziertem Personalbestand weitergeführt werden. Im Frühjahr wurde im Grossen Rat zu Gunsten der Familienforschenden eine Motion eingereicht, die jedoch am 19. April 2004 mit grossem Mehr abgelehnt wurde. Dem Versuch der GHGB, die Einschränkungen auf gerichtlichem Weg zu verhindern, war ebenfalls kein Erfolg beschieden. Mit Urteil vom 28. Juni 2004 lehnte das Verwaltungsgericht eine entsprechende Beschwerde in allen Teilen ab. Das Benützungsreglement des Staatsarchivs trat daraufhin am 14. September in Kraft. Die neue Regelung sieht im Bereich der Einsichtnahme in die Kirchenbücher nur noch ein durch die Informationsgesetzgebung definiertes Grundangebot vor. Interessierte Forscherinnen und Forscher haben jedoch die Möglichkeit, Kopien der Kirchenbücherdaten auf Mikrofilm oder in digitalisierter Form käuflich zu erwerben. Vom Angebot eines privaten Unternehmens, welches die Daten ganzer Gemeinden auf CD-ROM verkauft, wird bereits rege Gebrauch gemacht. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hat sich die Lage in den Lesesälen des Staatsarchivs bis Ende Jahr weitgehend beruhigt.

Schwerpunkt des Jahres 2004 des Amtes für Information war die Umsetzung der prioritären Massnahmen des Gesamtkonzepts «Kanton Bern – Strategische und operative Kommunikation», das der Regierungsrat im Mai 2003 genehmigt hat und die Umsetzung der in dieser Strategie geforderten Verwesentlichung der Medienarbeit.

Im Bereich der Gleichstellung von Frau und Mann wurden die Schwerpunkte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Chancengleichheit bei der Berufswahl und Gleichstellung in Personalpolitik und Erwerbsarbeit weiterverfolgt. Mit den auf Juli 2004 erlassenen Richtlinien zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Personalpolitik des Kantons Bern wurde ein zeitgemässes Instrumentarium für die innerbetriebliche Gleichstellung geschaffen.

2.2 Berichte der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste (AZD)

2.2.1.1 NEF 2000

NEF war im Berichtsjahr stark geprägt vom Planungsprozess 2005–2008 im Finanzbereich. Die im 2004 gesammelten Erfahrungen mit den NEF-Instrumenten sollen dazu führen, dass sie auch als Führungsinstrumente eingesetzt werden. In der Staatskanzlei sind die fachlichen Voraussetzungen für die Einführung von NEF vorhanden. Der Gestaltungsspielraum für die Umsetzung der positiven NEF-Leitgedanken ist aber relativ klein. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Staatskanzlei stark fremdbestimmt ist und deshalb die Leistungs- und die Finanzseite nur in kleinen Teilen beeinflussen kann. Das Testjahr hat auch gezeigt, dass die Produktgruppenstruktur nochmals überarbeitet werden sollte. Vor einer definitiven Entscheidung sind aber noch weitere Erfahrungen zu sammeln.

2.2.1.2 Wahlen und Abstimmungen

Im Berichtsjahr wurden die Vorbereitungen für die Grossrats- und Regierungsratswahlen im April 2006 an die Hand genommen. Das Gesetz und das Dekret über die politischen Rechte erfuhren Änderungen, um das Vorschlagsverfahren bei den Grossratswahlen zu

vereinfachen und die Regierungsratswahlen transparenter zu gestalten.

Die Wahlkreisreform erfordert für die Ermittlung der Wahlergebnisse ein neues Informatikprogramm. Die Informatiklösung GROWA konnte im 2004 realisiert werden.

Am 8. Februar, 16. Mai, 26. September und 28. November fanden eidgenössische Abstimmungen statt. Zusätzlich wurde am 16. Mai und am 28. November auch über kantonale Vorlagen abgestimmt. Die Ergebnisse zu den Wahlen und Abstimmungen sind dem Anhang E zu entnehmen.

2.2.1.3 Politik und Planung

Als Daueraufgabe unterstützte die Abteilung Politik und Planung den Staatsschreiber bei der Planung sowie bei der Vor- und Nachbereitung der Regierungsrats- und Grossratsgeschäfte. Neben dem Tagesgeschäft lag das Schwergewicht der Arbeiten im Berichtsjahr in der Betreuung der Projekte «Parlamentsrechtsrevision» und «Regierungsreform» sowie in der Koordination der Arbeiten im Zusammenhang mit der PUK BLVK:

- Das Projekt «Parlamentsrechtsrevision» konnte mit der Verabschiedung einer Teilrevision des Parlamentsrechts in der Februar-Session 2004 und mit der Abgabe einer neuen Spezialausgabe des Parlamentsrechts an die Grossratsmitglieder, die auch im Internet zur Verfügung steht, abgeschlossen werden.
- Beim Projekt «Regierungsreform» unterstützte der Vorsteher der Abteilung Politik und Planung den Staatsschreiber bei der Projektleitung.
- Ab der zweiten Jahreshälfte lag das Schwergewicht der Arbeiten bei der PUK BLVK. Der Regierungsrat beauftragte die Staatskanzlei, auf Seiten des Regierungsrates den Geschäftsverkehr zwischen Regierungsrat und PUK zu organisieren und innerhalb der Verwaltung die Arbeiten im Zusammenhang mit der PUK zu koordinieren. Der Abteilungsvorsteher wurde mit der fachlichen Hauptverantwortung für dieses Dossier betraut. Er hat alle Arbeiten zu koordinieren und ist in Fragen der PUK erste Ansprechperson innerhalb der Verwaltung. Er hat ausserdem die Verbindung zum PUK-Sekretariat sicherzustellen.

Weiter vertrat der Abteilungsvorsteher die Staatskanzlei in verschiedenen kantonalen Gremien (z. B. Koordinationskonferenz Raum/Verkehr/Wirtschaft, Kontaktgremium Kanton-Gemeinden) und Projektgruppen (z. B. Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung, komplexe Bau- und Planungsverfahren), führte das Sekretariat der Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre (GSK) und koordinierte verschiedene direktionsübergreifende Geschäfte.

Auf Grund der starken Belastung durch Projektarbeiten mussten die Arbeiten im Bereich der politischen Gesamtplanung in diesem Jahr wiederum zurückgestellt werden. Die konzeptionellen Arbeiten für die Anpassung der Richtlinien der Regierungspolitik an das Steuerungsmodell NEF SOLL und die Vorbereitungsarbeiten für die Richtlinien der Regierungspolitik 2007–2010 konnten deshalb im Berichtsjahr nicht aufgenommen werden.

2.2.1.4 Ressourcen

2.2.1.4.1 Finanzen

Neben dem Tagesgeschäft waren die Finanzdienste intensiv mit dem ersten Planungsprozess unter NEF (Voranschlag 2005, Aufgaben- und Finanzplan 2006–2008) beschäftigt. Insbesondere in der Anfangsphase musste dieser Planungsprozess gesamtstaatlich unter erschwerten Bedingungen durchgeführt werden und führte in jeder Phase zu erheblichem Initialisierungsaufwand. Gleichzeitig wurde der Aufbau der Anlagenbuchhaltung abgeschlossen. Zudem liefen die fachlichen und systemtechnischen Schulungen sowie die

Vorbereitungsarbeiten auf die Umstellung aller Finanzbereiche auf das neue Finanzinformationssystem FIS 2000 auf Hochtouren.

2.2.1.4.2 Personal

Die Mitglieder der Amtsvorsteherkonferenz und ihre Stellvertreterinnen und Stellvertreter haben sich am 17. August 2004 unter Beizug von Herrn Dr. Robert Zaugg mit der Thematik «Vielfältigkeit der Führungsaufgaben» auseinander gesetzt. Insbesondere wurden Fragen zur Nachwuchsförderung und daraus resultierende Massnahmen diskutiert.

2.2.1.4.3 Publikumsdienst

Erstmals seit der Reorganisation der Lehrlingsausbildung in der Staatskanzlei, wurden im vergangenen Jahr im Publikumsdienst zwei Lehrlinge ausgebildet.

2.2.1.4.4 Rathausverwaltung

Die Belegung der Räumlichkeiten im Rathaus hat 2004 insbesondere im Bereich Grossratssaal und Rathauhalle (+30 im Grossratssaal, +26 in der Rathauhalle) weiter zugenommen; zusätzlich war die Rathausverwaltung durch Anlässe, oft auch abends und an Wochenenden, stark belastet.

Die Rathausführungen erfreuten sich wachsender Beliebtheit: Die monatlich stattfindenden öffentlichen Führungen waren stets ausgebucht, oft mussten sogar zusätzliche Führungen angeboten werden. Erste Massnahmen zur Reduktion der Belastung des betroffenen Personals sind getroffen worden.

Eine Sitzungszimmer wurden durch die Kantonale Kunst- und Architekturkommission mit Bildern aus der kantonalen Sammlung ausgestattet.

2.2.1.4.5 Informatik und Drucksachenzentrale

Informatik

Es zeigt sich, dass der Informatikbereich einen immer grösseren Stellenwert erhält: So konnten im 2004 mit jeweils minimaler externer Unterstützung dringende Projekte im Bereich Grossratswahlen und Staatsarchiv betreut sowie die Umstellung auf die kantonalen IT-Standards mit RENO vorgenommen werden.

Drucksachenzentrale

Im Rahmen des Projektes «Web-Design» des Amtes für Information wurde zusammen mit der kantonalen Drucksachen- und Büromaterialzentrale eine Überprüfung des grafischen Erscheinungsbildes des Kantons Bern gestartet. Ziel ist die Vereinheitlichung des Corporate Designs des Kantons in den Printmedien und im Internet.

2.2.2 Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)

2.2.2.1 Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung

Die Kontrolle, dass Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung jeweils in beiden Amtssprachen erfolgen (SOS-F-Dienst), wurde auf Grund mangelnder Notwendigkeit aufgegeben. Die während mehrerer Jahre durchgeführten Kontrollen haben gezeigt, dass der Grundsatz der zweisprachigen Stellenausschreibung eingehalten wird. Diese Kontrolltätigkeit ist somit überflüssig geworden.

2.2.2.2 Übersetzung

Der Zentrale Übersetzungsdienst hat sich auf seine ordentlichen Aufgaben konzentriert. Infolge längerer Abwesenheit einer Mitarbeiterin musste er mehrere Monate lang mit einem reduzierten Personalbestand auskommen.

2.2.2.3 Terminologie

Der Zentrale Terminologiedienst hat den Datenbestand von LINGUA-PC laufend erweitert und aktualisiert, soweit dies die zur Verfügung stehenden knappen personellen Ressourcen zulassen. Er beantwortete zahlreiche punktuelle Anfragen (SOS-Terminologie) und war an vielen Mitberichten und Vernehmlassungen beteiligt. Im Rahmen der Bereitstellung von Hilfsmitteln für die gesamte Kantonsverwaltung hat er die Lizenzen für das zweisprachige Wörterbuch PONS ausgehandelt.

Die Leiterin des ZTD hat im April und November an den Sitzungen des *Rats für deutschsprachige Terminologie (RaDT)* teilgenommen, dem sie seit November vorsteht. Im April und Oktober hat sie an den Sitzungen des *Koordinationsorgans für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm)* und im November am jährlichen Treffen der *CompuTerm-Gruppe* teilgenommen.

2.2.2.4 Rechtsdienst

Die Sonderstatutsvorlage wurde im Juni beraten und im September in zweiter Lesung verabschiedet. Die Vorbereitung der Vollzugsgesetzgebung wird Anfang 2005 erfolgen. Das Berichtsjahr war durch die aussergewöhnlich hohe Anzahl von insgesamt 16 eingereichten Beschwerden geprägt. Eine davon betraf das neue Reglement des Staatsarchivs, in dem ein Abbau der angebotenen Leistungen verankert wurde. Das Verwaltungsgericht hat diese Beschwerde in zweiter Instanz abgewiesen. Elf Beschwerden in Bezug auf die Gehälter der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sind bis Ende des Berichtsjahres durch den Regierungsrat behandelt worden. Das Projekt zur Erneuerung der EDV-Verwaltung der Bernischen Systematischen Gesetzessammlung (BSG) (Ersatz der Hard- und Software) wies in der Endphase (Februar bis August) zahlreiche technische Probleme auf. Beim betroffenen Team waren besondere Anstrengungen erforderlich, damit die Verspätung bei der Aktualisierung der BSG-Datenbank aufgeholt werden konnte.

2.2.2.5 Politische Mitwirkung

Trotz begrenzter Amtsperiode hat der Regionalrat – der 2006 durch den Bernjurassischen Rat abgelöst wird – weiterhin seine Rolle als Sprachrohr des Berner Juras wahrgenommen. Seine Präsidentin hat sogar an der von den Kantonen Jura, Neuenburg, Wallis und Bern auf dem Bundesplatz organisierten Kundgebung für eine rasche Fertigstellung des Nationalstrassennetzes den Kanton Bern vertreten. Der Regionalrat hat im vergangenen Jahr zahlreiche Sitzungen abgehalten (10 Plenarsitzungen, 10 Sitzungen des Büros, 32 Sitzungen von Kommissionen und Delegationen, 3 Medienkonferenzen).

2.2.2.6 Aussenbeziehungen

Schwerpunkte der interkantonalen Zusammenarbeit waren die Revision der Vereinbarung über die Nordwestschweizer Regierungskonferenz und die noch laufende Revision der Vereinbarung der Westschweizer Regierungskonferenz (CGSO). Ziel dieser Revisionen ist es, den Regionen auf Bundesebene mehr Gehör zu verschaffen, dank gemeinsamer Positionen und koordiniertem Vorge-

hen der Mitgliederkantone bei wichtigen Geschäften (Lobbying). Im Vordergrund standen das Entlastungsprogramm 04 des Bundes, die neue Regionalpolitik oder die Hochgeschwindigkeitsanschlüsse der Westschweiz. Im Weiteren wurden die Plenarversammlungen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vorberaten.

Mit der engeren Zusammenarbeit im Rahmen der regionalen Regierungskonferenzen hat für die Koordinationsstelle für Aussenbeziehungen und europäische Integration (KAel) der Arbeitsaufwand in diesem Bereich stark zugenommen.

Bei der KdK galt es vier ordentliche Plenarversammlungen, eine ausserordentliche Plenarversammlung und vier Sitzungen des Leitenden Ausschusses vorzubereiten. Daneben standen Vernehmlassungen zu den Bilateralen Abkommen II und zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens im Vordergrund. Ein wichtiges Geschäft stellte zudem die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) und die Ausarbeitung der Interkantonalen Rahmenvereinbarung im Rahmen der NFA dar.

Die Conférence Transjurassienne (CTJ) hat im Januar ihr Mehrjahresprogramm (Programme de coopération transfrontalière de l'Arc jurassien) für die Jahre 2004–2006 verabschiedet. Im Weiteren wurde in den Mitgliederkantonen der Prozess der Genehmigung des Beitritts zum Abkommen von Karlsruhe in die Wege geleitet.

Im Rahmen der Unterstützung der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten hat die KAel in Zusammenarbeit mit den Direktionen eine Liste der kantonsrelevanten Geschäfte der Legislaturplanung 2003–2007 des Bundesrates ausgearbeitet. Dabei wurden 28 Geschäfte als Geschäfte in erster Priorität für den Kanton eingestuft. Zu diesen Geschäften erhalten die Berner Ratsmitglieder zusätzliche Unterlagen für ihre Kommissionsarbeit und für die Beratung im Plenum. Daneben werden die Ratsmitglieder wie bis anhin mit sachdienlichen Unterlagen – vorab mit Vernehmlassungsantworten des Regierungsrats zu Bundesvorlagen – zu den laufenden Geschäften in den Kommissionen und im Ratsplenum bedient.

Auch dieses Jahr hat die KAel zwei Treffen des Regierungsrates mit den Berner Ständeratsmitgliedern vorbereitet. Die Zusammenarbeit zwischen der KAel und den Berner Ständeratsmitgliedern wurde weiter verstärkt.

Zusammen mit der Stadt Bern hat die KAel die Einladung der National- und Ständeratsmitglieder während der Sommer-Session ins Stadttheater organisiert und durchgeführt. Ziel ist es, die Beziehungen zu den Bundesbehörden und namentlich den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern zu intensivieren. Daneben fand auch gemeinsam mit der Stadt Bern ein Empfang der in Bern akkreditierten Botschafterinnen und Botschafter statt.

Bei den Beziehungen zum Ausland stand die Zusammenarbeit mit Bulgarien im Bereich der Entwicklung der Volksrechte im Vordergrund. So haben kantonale und kommunale Vertreter an verschiedenen Gesprächsrunden mit der interessierten Öffentlichkeit und den Medien teilgenommen.

Im Mai weilte eine Delegation aus Bulgarien im Kanton Bern, um die Organisation und Durchführung der eidgenössischen Abstimmungen zu beobachten. Zugewesen waren die Präsidentin und der Vizepräsident der Rechtskommission der bulgarischen Nationalversammlung und Gemeindevertreterinnen und -vertreter.

Im Rahmen des 10-Jahr-Jubiläums der Gemeindepartnerschaften bernischer und bulgarischer Gemeinden organisierte und begleitete die KAel den Besuch des Präsidenten und Vizepräsidenten des Grossen Rates nach Bulgarien. Der Anlass stand unter der Schirmherrschaft der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Bundes.

Im Projekt Bevölkerungsschutz konnte ein Transport von nicht mehr benötigtem Zivilschutzmaterial in Zusammenarbeit mit dem Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär (BSM), durchgeführt werden. Es fand zudem eine Schulung vor Ort durch das BSM statt. Gestartet ist auch das Projekt Raumentwicklung. Hier hat die KAel den Besuch einer Delegation, bestehend aus dem Präsidenten der Kommission für Raumentwicklung der bulgarischen Nationalver-

sammlung, dem Vizeminister für Raumentwicklung, zwei Gebietsgouverneuren und vier Gemeindevertretern in die Schweiz organisiert. Das Projekt wird im Jahre 2005 weitergeführt.

Daneben betreute die KAEI erneut zahlreiche Delegationen aus dem Ausland und führte die allgemeine Informationstätigkeit für wissenschaftliche oder politische Delegationen aus dem Ausland, für die Aus- und Weiterbildung von Bundespersonal sowie für die Öffentlichkeit weiter.

2.2.3 Staatsarchiv (StAB)

2.2.3.1 Öffentlichkeitsarbeit

Im Rahmen der von der Vereinigung Museen Bern durchgeführten Veranstaltungen nahm das Staatsarchiv am 19. März 2004 zum ersten Mal an einer *Museumsnacht* teil. Den Besucherinnen und Besuchern wurde die Gelegenheit geboten, auf einem Rundgang durch die unterirdischen Kulturgüterschutzräume das Archiv von einer ungewohnten Seite her kennen zu lernen. Die Teilnehmenden konnten eine Auswahl der kostbarsten historischen Dokumente der Berner Geschichte im Original besichtigen. Neben den Archivführungen wurden weiter eine Fotoausstellung zum Thema *Die 50er-Jahre* sowie Vorführungen historischer Filme geboten. Der Erfolg der Veranstaltung war überwältigend. Rund 2000 Personen wurden in mehr als 50 Gruppenführungen innerhalb weniger Stunden durch das Archiv begleitet.

Der Verein *Berns Zeiten* hat es sich zum Ziel gesetzt, die Berner Geschichte in einem interdisziplinären Forschungsprojekt wissenschaftlich aufzuarbeiten. Bereits sind zwei Bände der angestrebten Publikationsreihe erschienen. Auch am Band über *Berns mächtige Zeit. Das 16. und 17. Jahrhundert neu entdeckt* arbeiten Mitarbeitende des Archivs aktiv mit. Zudem stellt das Staatsarchiv für die Redaktion seine Räumlichkeiten und Infrastruktur zur Verfügung. Wie bei den bereits erschienenen Bänden wird das Staatsarchiv auch im Band über das 16./17. Jahrhundert Gelegenheit haben, zentrale Quellen aus seinen Beständen in Wort und Bild einem breiten Publikum vorstellen zu dürfen.

Daneben fanden im Staatsarchiv im üblichen Rahmen Kurse und Führungen statt. Besonders erwähnt sei hier die Durchführung einer Einführungsveranstaltung im Rahmen der Ausbildung von Gemeindeschreiberinnen und -schreibern sowie eine analoge Veranstaltung für die Association des secrétaires communaux du Jura bernois. Gesamthaft wurden im Berichtsjahr im Rahmen von 45 teilweise mehrfach und mehrsprachig geführten Anlässen rund 900 Personen durch die Archivräume geführt.

2.2.3.2 Erschliessung und Benutzung

Nachdem sich das Staatsarchiv in den beiden letzten Jahren mit einer wahren Ablieferungsflut konfrontiert sah, gingen die Eingänge im Berichtsjahr wieder auf die langjährigen Durchschnittswerte zurück. Der Zuwachs betrug 303 Laufmeter (Vorjahr 705). Von kantonalen Stellen wurden dem Staatsarchiv 206 Laufmeter (Vorjahr 615) übergeben. Unter den Neuzugängen sind speziell die historisch wertvolle Abteilung A des Bezirksarchivs Konolfingen (bis 1831) sowie die «Expo 02»-Akten der Volkswirtschaftsdirektion zu erwähnen. Bei den nichtstaatlichen Beständen sind die Archive der Jüdischen Gemeinde Bern sowie der liquidierten SEVA Lotteriede-Genossenschaft von besonderer Bedeutung.

Gemeinsam mit den Informatikdiensten der Staatskanzlei wurde im Berichtsjahr die Evaluation eines leistungsfähigen elektronischen Archivierungs- und Recherchesystems durchgeführt. Mit der Archivsoftware ScopeArchiv fiel die Wahl auf ein Produkt, das bereits im Schweizerischen Bundesarchiv und in mehreren Staatsarchiven mit Erfolg Verwendung findet. Mit Rücksicht auf die beschränkten finanziellen Möglichkeiten ist eine gestaffelte Einführung über meh-

rere Jahre geplant. Der modulare Aufbau des Systems kommt diesem Vorhaben entgegen.

Auf Grund der bereits erwähnten Restriktionen im Bereich der Familienforschung gingen die Besucherzahlen im Berichtsjahr erwartungsgemäss zurück. In den beiden Lesesälen wurden 5775 Besuche (Vorjahr 6383) registriert.

2.2.3.3 Bewahrung von Kulturgütern

In Zusammenarbeit mit dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz wurden im Rahmen der Ausbildung von Kulturgüterschutzspezialisten (KGS) die jährlichen Kurse durchgeführt. Im Mittelpunkt des Interesses standen erneut die Dienstleistungen des Staatsarchivs im Bereich der Restaurierung und Konservierung. Die Frage der zukünftigen Regelung dieser Kurse ist noch nicht geregelt. Das Staatsarchiv ist weiterhin bereit, seine Erfahrungen und Fachkenntnisse den angehenden KGS-Verantwortlichen der Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Die Konservierungsarbeiten am Fotobestand Hesse/Howald sind in vollem Gange. Mit Lotteriefondsgeldern werden die geschädigten Nitrat- und Acetatnegative auf archivfähiges Fotomaterial umkopiert. Auf Grund eines in der Hochschule der Künste Bern, Studiengang Konservierung und Restaurierung, eingeholten Gutachtens wird darauf verzichtet, Massnahmen zu ergreifen, die über das Umkopieren der Negative hinaus gehen.

Im Laufe des Jahres wurde ein Konservierungskonzept für den fotografischen Nachlass des Berner Fotografen Carl Jost (1899–1867) erstellt. Das Projekt wird vom Lotteriefonds mit 10000 Franken unterstützt. Ziel des Projekts ist die Erhaltung wesentlicher Teile des Archivs von Carl Jost für die Nachwelt.

Das Problem der Erhaltung fotografischer Quellen beschäftigt das Staatsarchiv seit einigen Jahren immer stärker. Laufend treffen entsprechende Anfragen von Firmen und frei schaffenden Fotografen ein. Die Erhaltung der nicht selten vom Zerfall bedrohten Fotoquellen entspricht einem dringenden Bedürfnis der zeitgeschichtlichen Forschung. Da sie aber stets mit umfangreichen Zusatzarbeiten und mit grossem finanziellem Aufwand verbunden ist, kann das Staatsarchiv längst nicht in allen Fällen zu einer Lösung Hand bieten. Im Sinne einer Massnahme des Kulturgüterschutzes wäre es zu begrüssen, wenn im Bereich der Fotokonservierung im Kanton Bern künftig eine tragfähige Gesamtlösung gefunden werden könnte.

2.2.4 Amt für Information (AI)

2.2.4.1 Allgemeines

Im Hinblick auf die Stärkung der strategischen Kommunikation hat sich das Amt für Information (AI) auf Anfang 2004 neu organisiert. Der bisherige Bereich «Interne Kommunikation» (Personalinformation und Medienauswertung) wurde in die Geschäftsbereiche «Medienarbeit» bzw. «Öffentlichkeitsarbeit» integriert. Für die strategische Kommunikation («Dachkommunikation» gemäss Kommunikationskonzept des Regierungsrates) ist die organisatorisch verstärkte Amtsleitung zuständig.

2.2.4.2 Dachkommunikation

Für das Jahr 2004 wurden die Kernbotschaften für die Umsetzung der prioritären Massnahmen des Gesamtkonzepts «Kanton Bern – Strategische und operative Kommunikation» definiert sowie der erste Medienanlass für die politische Standortbestimmung des Regierungsrats vorbereitet und im World Trade Institute in Bern durchgeführt. Diese Standortbestimmung ist auch in gedruckter

Form erschienen. Zu Beginn des Berichtsjahres erschien erstmals ein Image-Leporello über den Kanton in drei Sprachen. Im Laufe des Jahres wurde ein Basisreferat über den Kanton erarbeitet, das seit Herbst 2004 den Direktionen, Ämtern und dem Kader der Verwaltung zur Verfügung steht. Es soll mithelfen, den Kanton Bern in all seinen Facetten einem externen Publikum näher zu bringen. Mit einer Erhebung des Ist-Zustands hat das AI schliesslich die erste Phase der Überprüfung des grafischen Erscheinungsbilds des Kantons realisiert. In einem zweiten Schritt werden Arbeitshilfen und elektronische Tools als Hilfeleistung an die Direktionen entwickelt. Vorbereitet wurden schliesslich 2004 die Realisierung eines DVD-Kurzfilms über den Kanton Bern und eine vierfarbige Imagebroschüre in vier Sprachen.

2.2.4.3 Medienarbeit

Durch die Realisierung der in der regierungsrätlichen Kommunikationsstrategie geforderten Verwesentlichung der Medienarbeit konnte die Zahl der Medienmitteilungen, die lange zwischen 500 und 600 pro Jahr gelegen hatte, auf 432 reduziert werden. Die Zahl der Medienkonferenzen pendelte sich bei rund 80 ein. Wesentlich beigetragen zur Verwesentlichung der Medienarbeit hat das neue Instrument der Nachrichten aus der Verwaltung. Hier werden wöchentlich Kurzmeldungen zweiter Priorität zusammengefasst. Rund 90 Prozent dieser Meldungen wären vor der Inkraftsetzung der Richtlinien als Einzelmeldungen publiziert worden. In der Verwaltung und bei den Medien stiess das neue Instrument auf eine breite Akzeptanz.

Die qualitativen Ansprüche an die Medienarbeit haben weiter zugenommen. Insbesondere wurden die Beratungs- und Weiterbildungsangebote des AI intensiver in Anspruch genommen. Neben den üblichen Angeboten im Rahmen der zentralen Kurse des Personalamts hat das Amt 2004 auch vier amts- und direktionsspezifische Weiterbildungen organisiert. Initiiert wurden diese Angebote durch Anfragen aus der Verwaltung.

Auf eine völlig neue Basis gestellt hat das AI die Medienauswertung. Die wöchentliche Presseschau «BE-reflexe» auf Papier wurde durch eine täglich aktualisierte Datenbank im Internet ersetzt. Die von einer externen Firma im Auftrag des AI betriebene Datenbank enthält Artikel aus allen Bereichen der kantonalen Politik. Ausgewertet werden statt wie bisher rund 40 neu über 80 Zeitungen und Zeitschriften. Per E-Mail macht das AI seine Kundinnen und Kunden täglich auf die wichtigsten Artikel aufmerksam, die den Kanton betreffen.

2.2.4.4 Öffentlichkeitsarbeit

Im Zentrum der Öffentlichkeitsarbeit standen auch 2004 die Migration von Web-Auftritten der kantonalen Verwaltung in das gemeinsame Content Management System und die damit verbundenen Abnahmearbeiten. Ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit im Internet war auch die Weiterentwicklung der gesamtkantonalen Anwendungen (z. B. für Medienmitteilungen und Publikationen) sowie die Beratung und die Unterstützung der verschiedenen Behördenstellen bei Web-Projekten und die Erarbeitung von Grundlagen für die optimale Präsentation der kantonalen Verwaltung im Internet.

Im 2004 wurden in Zusammenarbeit mit der Berner Kantonalbank (BEKB) der Faltprospekt «Der Kanton Bern auf einen Blick» und die Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen» aktualisiert und neu aufgelegt. Daneben wurden bestehende Imprime wie «Der Regierungsrat» oder «Das Rathaus auf einen Blick» aktualisiert. Zudem unterstützten die Mitarbeitenden des Geschäftsbereichs «Öffentlichkeitsarbeit» die Staatskanzlei bei der Gestaltung neuer Drucksachen. In den sechs Ausgaben der Personalzeitschrift «BE-info» wurde das Personal über wichtige Themen aus der Verwaltung und der Personalpolitik informiert. Jedes der Hefte hatte einen klaren Themenschwerpunkt. Mit dem «BE-info: Flash» wurde das Personal über

aktuelle personalpolitische Entscheide des Regierungsrats zeitgerecht informiert. Das Newsletter «info.ai» erschien in zwei Ausgaben.

2.2.5 Ratssekretariat (RS)

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariates befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 Kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)

2.2.6.1 Allgemeines

Die Fachstelle begann das Berichtsjahr mit einer Reduktion des Stellenetats auf zwei Stellen und setzte damit die Beschlüsse der Strategischen Aufgabenüberprüfung um. Sie beantwortete 284 Anfragen aus Öffentlichkeit und Verwaltung zu verschiedenen Gleichstellungsthemen. Es wurden insgesamt 17 870 von der Fachstelle herausgegebene Publikationen, Broschüren und Faltblätter bestellt. Auf sehr grosses Interesse stiess nach wie vor die Notfallkarte gegen häusliche Gewalt, daneben auch Informationsmaterial rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Faltblatt «Barbies, Skates und Computerhelden» und der Flyer zum Gleichstellungsgesetz und zur Schlichtungskommission. Unter den von der Fachstelle geprüften Berichten und Erlassen waren insbesondere die Altersstrategie, die Bildungsstrategie und das Gesetz über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung von grosser Gleichstellungsrelevanz. Deren Umsetzung in der Praxis wird zu beobachten sein. Entsprechend ihrem Auftrag unterstützte die Fachstelle verschiedene Verwaltungsstellen in der Projektarbeit und nahm in Arbeitsgruppen Einsitz. Ein Schwerpunkt bildete ihr Engagement im Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt. Sie führte die Sekretariate der Gleichstellungskommission und der kantonalen Schlichtungskommission gegen Diskriminierung im Erwerbsleben.

2.2.6.2 Besondere Tätigkeiten

Die von der Fachstelle erarbeiteten *Richtlinien zur Gleichstellung von Frau und Mann in der Personalpolitik des Kantons Bern* traten am 1. Juli 2004 in Kraft. Dieses neue Instrumentarium zur Förderung der innerbetrieblichen Gleichstellung ersetzt die Frauenförderungsrichtlinien von 1995. Die Gleichstellungsrichtlinien legen Gleichstellungsstandards, klare Umsetzungsmodalitäten und ein modernes Gleichstellungscontrolling fest. Charakteristikum der Richtlinien ist ihre Einbindung in Führungsabläufe und Führungsverantwortlichkeiten. Das bisherige Koordinationsgremium Taten statt Worte wurde durch die Gender-Konferenz ersetzt. Die Fachstelle nimmt von Amtes wegen Einsitz in deren Geschäftsausschuss. Ziel der Richtlinien sind ausgewogene Geschlechterverhältnisse in allen Bereichen und Funktionen der Verwaltung. 2004 waren in den obersten sieben Gehaltsklassen 16,8 Prozent Frauen und in den untersten sechs Klassen 71,5 Prozent Frauen vertreten.

Weil das Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann (GIG) zu wenig bekannt ist, beteiligte sich die Fachstelle massgeblich am kantonsübergreifenden Projekt «*Gleichstellungsgesetz auf Netz*». Dieses erweiterte die bestehende Internet-Falldokumentation des Kantons Zürich www.gleichstellungsgesetz.ch mit Entscheiden aus allen Deutschschweizer Kantonen mit einer Gleichstellungsfachstelle. Das Ziel besteht darin, dass wegweisende Gerichtsurteile bei der Durchsetzung des Gleichstellungsgesetzes als Richtschnur dienen und Betroffene motiviert werden, ihre Rechte gestützt auf das GIG geltend zu machen. Das Angebot richtet sich an Fachpersonen wie auch an ein breiteres Publikum. Ein vergleichbares Angebot besteht bereits für die Romandie.

Die Informations- und Sensibilisierungstätigkeiten zur Förderung der *Vereinbarkeit von Beruf und Familie* wurden weitergeführt. Der Schwerpunkt lag bei der Initiierung regionaler Aktivitäten unter dem Titel «jonglieren, improvisieren, balancieren – Alltag zwischen Beruf und Familie» in Kooperation mit der Pro Juventute, der Fachstelle UND, lokalen Behörden, Organisationen und Unternehmen. Erste Veranstaltungen wurden in Thun und Langenthal durchgeführt. Veranstaltungen in anderen Regionen sind geplant. Ziel ist es, auf bestehende Angebote und Problemkreise aufmerksam zu machen, den Erfahrungsaustausch der Akteurinnen und Akteure zu fördern und Anstösse für die Bildung regionaler Netzwerke zu geben. Die Fachstelle verfolgt auch das Ziel, das Thema partnerschaftliche Arbeitsteilung in bestehende Plattformen zu integrieren. So wurde beispielsweise am Centre de formation et de vulgarisation agricoles eine Veranstaltung initiiert und gemeinsam mit dem Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ein Auftritt an der Marinatal, der Messe für Hochzeit, Fest und Geburt, realisiert. Der vielschichtige Handlungsbedarf im Themenkreis wurde durch den Familienbericht 2004 des Eidgenössischen Departements des Innern und den kurz darauf publizierten Schlussbericht des OECD-Ländervergleichs zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie unterstrichen.

Am 11. November fand der vierte *nationale Tochtertag* des Lehrstellenprojektes 16+, ebenfalls ein Kooperationsprojekt der Gleichstellungsfachstellen, statt. Der Tochtertag steht im Zeichen einer gleichberechtigten Zukunftsgestaltung. Er ermöglicht den Mädchen Einblick in die Berufswelt und trägt dazu bei, dass sie sich schon früh mit Lebens- und Laufbahnplanung auseinandersetzen. Lehrkräfte wurden eingeladen, am Tochtertag das im Lehrplan verankerte Thema Geschlechterrollen mit den Knaben komplementär zum Mädchenprogramm zu bearbeiten. An der Impulsveranstaltung «Der Tochtertag 04 – ein Erlebnis für Mädchen und Knaben» erhielten sie entsprechende Anstösse.

Die *Schulprojektwochen AVANTI* – auch dies ein Teilprojekt von 16+ – wurden weitergeführt. Ziel ist es, den Kindern Einblick in weniger bekannte Lebens- und Laufbahnmodelle zu bieten und ihr Spektrum bei der Berufswahl zu erweitern. Mädchen absolvieren ein Praktikum in handwerklichen und industriellen Berufen und stärken ihr Vertrauen in technische Fähigkeiten, Knaben begleiten Teilzeit arbeitende Männer in Beruf und Familie und entdecken ihre sozialen Fähigkeiten. Um nach Ablauf der Bundesfinanzierung Ende 2004 eine Weiterführung des Projektes zu sichern, wird das Netzwerk AVANTI aufgebaut. Dieses und andere Projekte stellte die Fachstelle an der Berner Ausbildungsmesse und am Salon de la Formation Professionnelle in Reconviiler vor.

2.2.6.3 Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen

Die Gleichstellungskommission startete ihre neue Amtsperiode in teilweise neuer Zusammensetzung. Sie arbeitete sowohl an ihren langjährigen Arbeitsschwerpunkten wie auch an der Umsetzung ihres neuen Legislaturziels, der Information und Sensibilisierung von Unternehmen zur Umverteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit. Die Arbeitsgruppe Bildung setzte sich für die Integration der Gleichstellung in die neue Pädagogische Hochschule (PH) ein. Sie verfasste «Empfehlungen zur Verankerung der Gleichstellungs- und Gender-Thematik in der deutschsprachigen Pädagogischen Hochschule» und diskutierte diese mit Akteurinnen und Akteuren der künftigen PH. Die Arbeitsgruppe Migration veröffentlichte im Juni den Bericht «Migrantinnen: Aufenthaltsrecht und häusliche Gewalt». Sie stellte ihre Empfehlungen an die Fremdenpolizeibehörden an einem gut besuchten Podium vor. Die Arbeitsgruppe Gewalt verfolgte in Fortsetzung ihrer bisherigen Tätigkeiten die Entwicklungen zu häuslicher Gewalt im Kanton Bern. Die Arbeitsgruppe Politik beteiligte sich an der Frauenwache und machte mit einem symbolischen Akt auf die Stolpersteine auf dem Weg zur Gleichstellung aufmerksam. Die Arbeitsgruppe Wirtschaft organisierte ein Hearing mit Ver-

treterinnen und Vertretern der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung zum Thema des Legislaturziels. Die Kommission nahm ihre beratenden und unterstützenden Aufgaben gegenüber der Fachstelle und dem Regierungsrat in vielfältiger Weise wahr. Sie beteiligte sich an vier Vernehmlassungen.

2.3 Personal

2.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2004

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen		Total
			Männer	Frauen	
Amt für Zentrale Dienste ¹	22	13	21,20	8,50	29,70
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ²	8	10	7,20	6,55	13,75
Staatsarchiv	10	5	9,20	3,20	12,40
Ratssekretariat	2	6	1,70	4,00	5,70
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	–	3	–	2,00	2,00
Zwischentotal I	42	37	39,30	24,25	63,55

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen		Total
			Männer	Frauen	
Regierungsrat	4	3	4,00	3,00	7,00
Amt für Information (NEF)	9	4	8,20	2,70	10,90
Zwischentotal II	13	7	12,20	5,70	17,90
Zwischentotal I	42	37	39,30	24,25	63,55
Total per 31. 12. 2004 (mit Regierungsrat)	55	44	51,50	29,95	81,45
Total per 31. 12. 2004 (ohne Regierungsrat)	51	41	47,50	26,95	74,45
Vergleich zum Vorjahr	50	42	46,50	28,85	75,35

¹ Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber

² Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2004

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool ¹
Amt für Zentrale Dienste ²	2987,93	2951,65	36,28
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ³	1674,84	1654,70	20,14
Staatsarchiv	1236,00	1162,96	73,04
Ratssekretariat	796,60	708,18	88,42
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	184,80	242,40	– 57,60
Zwischentotal	6880,17	6719,89	160,28
Amt für Information (NEF) STA RR RP Transit	1130,40	1163,20	– 32,80
Total Staatskanzlei per 31. 12. 2004	8010,57	7883,09	127,48

¹ Abgabe an Regierungsrat-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.

² Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber

³ Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

⁴ Ohne Punkte aus dem Regierungsrat-Reservepool

2.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Keine.

2.3.3 Aus- und Weiterbildung

Keine

2.3.4 Umsetzung der Gleichstellungsrichtlinien

Die neuen Gleichstellungsrichtlinien wurden an der AmtsvorsteherInnenkonferenz vorgestellt. Es ist geplant, ein oder mehrere Vierjahresziele zu formulieren und den Umsetzungsstand der Richtlinien jährlich anhand von Kennzahlen zu beurteilen. Die stellvertretende Vorsteherin des Amtes für Sprachen- und Rechtsdienste vertritt die Staatskanzlei in der Gender-Konferenz.

2.4 Rechtsetzungsprogramm

Stand per 31. Dezember 2004

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im GR
– Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras	6	
– Gesetz über das Statut des zweisprachigen Amtsbezirks Biel		ist im Sonderstatutgesetz integriert
– Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)		Teilweise in Kraft seit 1. 9. 2004; Rest in Kraft ab 1. 1. 2006 und 1. 6. 2006 ¹
– Gesetz über die politischen Rechte (GPR)	3	April 2005
– Publikationsgesetz (PuG)	1	Januar 2006
– Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)	1	Juni 2005

0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen	5 = vom Grossen Rat verabschiedet
1 = in Ausarbeitung	6 = Referendumsfrist läuft
2 = in Vernehmlassung	7 = vor der Volksabstimmung
3 = vom Regierungsrat verabschiedet	8 = zurückgewiesen
4 = von der Kommission behandelt	

2.5 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. Dezember 2004

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition ¹ TFr.	Produktionskosten ² bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten ² im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
GROWA	150	115	–	2003–2005
Ersatz WS STA	270	–	–	2004
Ersatz REGRO	150	–	–	wurde nicht realisiert

¹ Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan

² Folgendes Konto wird berücksichtigt:

a Konto 3158 (Wartung/Reparaturen/Unterhalt von Informatikmitteln)

b Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.6 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Die Staatskanzlei hat weder eine Grob- noch eine Detailuntersuchung durchgeführt.

2.7 Andere wichtige Projekte (Übersicht)

Überarbeitung Organisationshandbuch der Staatskanzlei inklusive der Geschäftsordnung.

2.8 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.8.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate

Grosser Rat

Motion 165/02 Pulver, Bern, vom 2. September 2002: Anpassung der Taggelder bei Verkleinerung des Rates auf 160 Mitglieder (angenommen als Postulat am 7. 4. 2003).

Motion 166/02 Pulver, Bern, vom 2. September 2002: Indexierung der Grossratstaggelder (angenommen als Postulat am 7. 4. 2003).

Motion 221/02 SP, vom 20. November 2002: Grossratsentschädigung neu regeln (angenommen als Postulat am 7. 4. 2003).

Der Grosse Rat hat am 14. Juni 2004 die Abschreibung dieser drei Motionen beschlossen (Tagblatt des Grossen Rates 2004, S. 577).

Motion 045/2004 Schnyder Zysset, Bern, vom 10. Februar 2004: Kinderbetreuung während der Grossratssession (angenommen als Postulat am 14. 6. 2004).

Mit dem Postulat wurde die Staatskanzlei aufgefordert zu prüfen, wie eine Ansprechstelle für Grossratsmitglieder, die eine Kinderbetreuung während der Sessionen suchen, geschaffen werden kann. Eine Person des Personaldienstes der Staatskanzlei wurde mit dieser Aufgabe betraut. Im Einladungsschreiben für die Session sind die Grossratsmitglieder im August 2004 auf diese neue Vermittlungsstelle für Kinder im vorschulpflichtigen Alter aufmerksam gemacht worden. Es ist vorgesehen, diesen Hinweis weiterhin periodisch in die Einladungen aufzunehmen.

Gesetzgebung

Motion 123/01 Streiff-Feller, Oberwangen, vom 7. Juni 2001: Für effizientere Verfahren, welche vermehrt die Legislative einbeziehen (Punkte 1 bis 3 zurückgezogen; Punkte 4 bis 6 abgelehnt; Punkte 7 und 8 am 22. 11. 2001 als Postulat angenommen; Fristerstreckung bis 2004 gewährt am 9. 2. 2004).

Die Staatskanzlei hat alle Möglichkeiten zur Beschleunigung des Verfahrens überprüft. Die Studie hat ergeben, dass die heutigen Hilfsmittel und Ressourcen ein rasches und qualitativ hoch stehendes Rechtsetzungsverfahren gewährleisten, wie es sich gegen Jahresende mit dem Gesetz über die Bernische Lehrerversicherungskasse gezeigt hat. Der Vorstoss kann also als vollzogen betrachtet werden. Es sei daran erinnert, dass die Entscheidmechanismen im Rahmen des Regierungsreformprojekts noch einmal überprüft werden.

Motion 139/02 Fuchs, Bern, Sterchi, Bern, vom 2. September 2002: Ehret das Alter oder schafft und erwirb, zahl Steuern und stirbt? Keine Diskriminierung im Kanton Bern auf Grund des Alters (angenommen als Postulat am 20. 11. 2002; Fristerstreckung bis 2006 gewährt am 15. 11. 2004; der Teil dieser Motion, der das Gemeinderecht betraf und als Motion angenommen worden war, konnte im Berichtsjahr 2003 abgeschrieben werden).

Motion 171/02 Ryser, Bern, vom 2. September 2002: Diskriminierungsartikel in der Kantonsverfassung (angenommen als Postulat am 20. 11. 2002; Fristerstreckung bis 2006 gewährt am 15. 11. 2004).

Die vor kurzem erfolgten Änderungen des Gemeindegesetzes und des Personalgesetzes bewirken, dass es sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kantonsebene keine Alterslimiten mehr gibt. Die einzige Ausnahme bildet die Altersgrenze für die Mitglieder des Regierungsrats. Der Grosse Rat wird 2005 im Zusammenhang mit der Motion M 176/04 Lagger, Aeschbacher, Pulver «Abschaffung der

Altergrenzen für Regierungsräte» über die allfällige Abschaffung dieser Altergrenze beschliessen. Die Aufhebung der Altergrenzen war ohne Änderung von Artikel 10 Absatz 1 der Kantonsverfassung möglich. Dasselbe gilt für Diskriminierungen auf Grund einer Behinderung: Der Schutz vor solchen Diskriminierungen ist in Artikel 8 Absatz 2 der Bundesverfassung verankert, sodass keine Änderung der Kantonsverfassung erforderlich ist.

Motion 130/03 SP, vom 16. Juni 2003: Reform und Innovation im Kanton Bern – Aufbau eines Marketings für den Kanton Bern (Punkt 1 angenommen; Punkte 2 bis 4 angenommen als Postulat am 9.2.2004).

Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat im Bericht zum Voranschlag 2005/Aufgaben- und Finanzplan 2006–2008 (S. 85) beantragt, den Vorstoss nicht in die Planung aufzunehmen. Er hat für die Planungsperiode 2005–2008 keine Mittel eingestellt. Der Grosse Rat ist diesem Antrag gefolgt. Der Vorstoss kann deshalb abgeschrieben werden.

Berner Jura und Zweisprachigkeit

Postulat 269/92 Houriet, Courtelary, vom 10. Dezember 1992: Zweisprachigkeit (angenommen am 23.6.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).

Postulat 110/93 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993: Für eine stärkere Rolle der Juradelegation des Regierungsrates (angenommen am 2.11.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).

Postulat 216/93 Verdon, Neuenstadt, vom 16. September 1993: Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in Bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16.3.1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4.11.1996).

Motion 124/94 Aellen, Tavannes, vom 5. September 1994: Rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben; Punkt 2 angenommen als Postulat am 17.1.1995).

Motion 172/96 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996: Erhalt der dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7.11.1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16.11.1998).

Motion 206/00 Lörtscher, Biel, vom 20. November 2000: Forum für die Zweisprachigkeit/Finanzielle Unterstützung (angenommen als Postulat am 29.1.2001).

Motion 134/03 Eberhart, Erlenbach, vom 16. Juni 2003: Lösungsorientierte Workshops vor der Jurastatut-Beratung durch die entsprechende Kommission (angenommen am 11.9.2003).

Diese parlamentarischen Vorstösse sind im Rahmen der Gesetzesvorlage über das Sonderstatut des Berner Juras und die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel umgesetzt worden. Die von Beginn des parlamentarischen Verfahrens an bestehende grosse Akzeptanz der Vorlage machte die Durchführung von Workshops unnötig.

2.8.2 Vollzug überwiesener Motionen und Postulate

2.8.2.1 Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist

Wahlen und Abstimmungen

Motion 091/00 Bolli Jost, Bern, vom 3. April 2000: Abstimmen und Wählen per Internet (angenommen als Postulat am 4.9.2000; Fristerstreckung bis 2004 gewährt am 18.11.2002).

Unter der Federführung der Bundeskanzlei ist eine Arbeitsgruppe E-Voting daran, sich eingehend mit den Problemen der elektronischen Stimmabgabe auseinander zu setzen. Die kantonale Verwaltung arbeitet in dieser Arbeitsgruppe aktiv mit. Gemäss Zwischenbericht der Bundeskanzlei vom 18. August 2004 über das elektronische Abstimmen werden die Pilotkantone Genf, Neuenburg und Zürich im Jahr 2005 die entscheidenden Tests vornehmen. Bis zum 30. Juni 2006 wird die Arbeitsgruppe den Evaluationsbericht mit Lösungsvarianten erstellen. Dieser Bericht soll im Jahr 2007 durch die eidgenössischen Räte beraten werden.

Motion 262/03 Widmer, Wanzwil, vom 17. November 2003: Versand des Wahl- und Abstimmungsmaterials: Zeitliche Eingrenzung (angenommen am 19.4.2004).

Motion 270/03 Rickenbacher, Jens, vom 17. November 2003: Versand des Wahl- und Abstimmungsmaterials – demokratischeres Verfahren (angenommen am 19.4.2004).

Motion 039/04 Löffel, Münchenbuchsee, vom 9. Februar 2004: Entlastung von Verwaltung und Parteien bei kantonalen Wahlen (angenommen am 19.4.2004).

Die Motionen Widmer, Rickenbacher und Löffel bewirkten eine Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte. Das Vernehmlassungsverfahren wurde im Berichtsjahr durchgeführt. Die Gesetzesvorlage wird dem Grossen Rat für die April-Session 2005 zugeleitet.

Gesetzgebung

Motion 129/03 SP, vom 16. Juni 2003: Reform und Innovation im Kanton Bern – Parlaments-, Regierungs- und Verwaltungsreform (angenommen als Postulat am 9.2.2004).

Der als Motion eingereichte Vorstoss verlangte vom Regierungsrat, dem Grossen Rat eine Gesamtstrategie für eine umfassende Parlaments-, Regierungs- und Verwaltungsreform vorzulegen. Die Anliegen des Postulats werden im Rahmen der Regierungsreform und im Rahmen der Richtlinien der Regierungspolitik 2007–2010 bearbeitet. Gleichzeitig erfolgt eine Koordination mit dem Projekt «Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung».

Regierungsrat

Motion 010/03 FDP/SVP, vom 10. Februar 2003: Regierungsreform (angenommen am 7.4.2003).

Die Arbeiten werden fortgesetzt, nachdem der Grosse Rat im Juni einen ersten Zwischenbericht zur Kenntnis genommen hat.

Berner Jura und Zweisprachigkeit

Motion 175/02 Renggli, Biel, vom 3. September 2002: Französische Telefonauskunft für Romands (angenommen als Postulat am 11.2.2003).

Postulat 077/03 Pauli, Nidau/Gerber, Biel/Renggli, Biel, vom 28. Februar 2003: Offizielle Sprache der Bürgerinnen und Bürger im Seeland (angenommen am 8.9.2003).

Die Modalitäten zur Erfüllung der Ziele dieser beiden parlamentarischen Vorstösse werden im Rahmen der Vorbereitung der Vollzugsgesetzgebung (Verordnung, Richtlinien) zum Sonderstatutsgesetz geprüft werden.

Motion 131/02 Zuber, Moutier, vom 15. August 2002: Unterstützung für die Regionale Stiftung für Statistik (Punkt 2 angenommen; Punkte 1 und 3 angenommen als Postulat am 9. 4. 2003).

Der Vollzug dieses parlamentarischen Vorstosses ist im Gang. Mit der Verankerung einer entsprechenden Rechtsgrundlage im Sonderstatutsgesetz konnte ein wichtiger Schritt bezüglich der finanziellen Mittel getan werden.

Verwaltung

Motion 069/04 Eberhart, Erlenbach, vom 19. Februar 2004: Fertig mit Luxusberichten und -broschüren (angenommen am 6. 9. 2004). Die Arbeiten zur Umsetzung der Motion sind angelaufen. Es ist vorgesehen, durch den Regierungsrat eine einheitliche restriktive Regelung zur Herstellung von Publikationen und Broschüren zu erlassen.

Motion 114/04 Fässler-Schärer, Konolfingen, vom 28. April 2004: Wirkungsorientierte Kommissionen (angenommen als Postulat am 6. 9. 2004).

Der Vorstoss verlangt eine Überprüfung der Fachkommissionen. Im Berichtsjahr wurden Vorarbeiten für eine Umfrage vorgenommen. Im Jahr 2005 soll mittels einer Umfrage eine Auslegeordnung über alle Kommissionen erstellt werden. Anschliessend erfolgt die Überprüfung. Es ist geplant, dem Grossen Rat im Rahmen des Geschäftsberichts für das Jahr 2005 über das Ergebnis dieser Überprüfung Bericht zu erstatten.

2.9 Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriften-sammlung	Zustandekommen	Bemerkungen
Volksinitiative für tragbare Steuern	22.10. 2002	19. 2. 2003	Volksabstimmung am 27. 2. 2005

Bern, 4. Februar 2005

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 9. März 2005

